

Unruhe in Litauen.

In der Nacht vom 6. zum 7. Juni haben litauische Offiziere versucht, die Raumer Regierung zum Rücktritt zu zwingen und unter Professor Wolbemas das, dem in der Verbannung lebenden ehemaligen Diktator Vitautas, eine neue Regierung zu bilden. Die Träger des Putschs sind die Offiziere der Jäger- und Konformationsarmee. Die Regierung in Kaun ließ durch ihre Informationsagentur die Meldung verbreiten, daß „eine Gruppe von Offizieren“ einen „von der Raumer Garnison unterstützten Putschversuch“ durch den Versuch hätten einen Putsch auf die Regierung in der erwähnten Richtung auszubilden. Professor Wolbemas sei von rebellierenden Offizieren aus seinem Verbannungsort Jaroslaw im Flugzeug nach Kaun geholt, bald darauf aber von den Offizieren selbst dem Generalstab und von diesem den Organen der Staatssicherheitspolizei übergeben worden. Im ganzen Lande und in der Armee herrsche vollkommene Ruhe und Disziplin. Einige Teilnehmer „an den unglückseligen Auftritten“ seien verhaftet. Es habe weder Gote noch Verurteilte gegeben.

Sanj Jo harnois, wie es hier amtlich dargestellt wird, scheint der Putsch, obwohl er keinen unmittelbaren Erfolg gehabt hat, aber doch nicht gewesen zu sein. Die Tatsache, daß der Generalstab auf Kubiliunas zurückgetreten ist, läßt erkennen, daß die Mithingung gegen die Regierung in der Armee größer ist, als es der amtliche Bericht wahrhaben will. Kubiliunas soll verhaftet haben, dem Weg für eine Verbindung zwischen Wolbemas und dem Staatspräsidenten Smetona zu öffnen; Smetona aber soll jede Unterhandlung mit dem „Abenteurer“ Wolbemas ablehnen haben; daß er zusammen mit eben diesem „Abenteurer“ im Jahre 1926 durch ein ähnliches Unternehmen wie das jetzt mißglückte seinen Staatspräsidenten gefesselt hat, scheint Smetona vergessen zu haben.

Bei dem Putsch vom 7. Juni haben wohl innerpolitische Motive die erste Rolle gespielt. Wolbemas, der unpopulärhaft einer der fähigsten politischen Köpfe Litauens ist, befiel im Lande immer noch eine gewisse Anhängerhaft. Seit seinem Sturz im Jahre 1929 hielt er sich zum Teil im Exil in Frankreich, z. T. unter strenger Polizeiaufsicht in Litauen auf. Vor einigen Monaten wurde er wegen seiner Kritik an der Außenpolitik der Regierung Kubelis erneut in die Verbannung geschickt und in einen weiteren litauischen Dorf untergebracht. Seine politischen Gegner leiteten gegen ihn Verbrennen ein, durch das er, der niemals die Hoffnung wieder ein Verbrennen des Volkes zurückzugeben, aufgegeben hatte, endgültig kaltgestellt werden sollte. Am 12. Juni sollte der Putsch gegen Wolbemas beginnen. Der Putsch war vielleicht ein Versuch, dem Schicksal, das ihm seine Widersacher zugebracht haben, noch im letzten Augenblick zu entgehen. Überhaupt mag Wolbemas die Zeit für günstig gehalten haben, durch seinen Staatsstreich dem auch in Litauen schon recht großen parlamentarischen System den Todesstoß zu versetzen. Die entsprechenden Ereignisse in Estland und Lettland konnten ihm hierbei als ermutigende Vorbilder dienen.

Wolbemas hat beim Vorbereiten jede Schuld an dem mißglückten Unternehmen bestritten. Er sei gegen seinen Willen nach Kaun gebracht worden und habe erst nach der Landung des Flugzeuges dort etwas über den wahren Stand der Dinge erfahren. Man habe ihm erklärt, daß eine Regierungsumbildung bevorstehe und daß er zum Ministerpräsidenten ausgerufen sei. Er habe hierzu weder seine Zustimmung noch sein Einverständnis gegeben und, nachdem er erfahren habe, daß der Putsch auch gegen die Person des Staatspräsidenten gerichtet sei, habe er seinen Anhang im Staat des Jägerkorps sofort von einem anderen Ort abgezogen und sich mit der Angelegenheit nicht mehr befaßt. Auf das weitere Drängen der aufständischen Offiziere habe er geantwortet: „Ihr habt den Putsch angezettelt, lebt zu, wie ihr ihn schließt“. Wolbemas ist nach dem Vorbereiten angeblich in ein Provinzgefängnis übergeführt worden; sein Aufenthaltsort wird geheim gehalten.

Neben den persönlichen und innerpolitischen Beweggründen mögen bei dem Putschversuch auch außenpolitische Beweggründe mitgespielt zu haben. Bekanntlich hatte Wolbemas, der von den oppositionellen Mittelkräften an die Spitze einer neuen Regierung gestellt werden sollte, nur geringe Sympathien unter den maßgebenden gegenwärtigen Machthabern und insbesondere deren unternünftige Außenpolitik einer äußerst scharfen Kritik unterworfen. Man wird Wolbemas nicht nachhaken können, daß er ein Deutschenfeind ist. Aber er ist klar genug, um zu wissen, daß die drohende Unterdrückung des Memelgebietes und die damit verbundene Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland die internationale Position des kleinen litauischen Staats wesentlich erschweren und auf seinen Widerstandskraft an den anderen außenpolitischen Ersatzbüten lähmend einwirken muß. Es ist nicht wunderbarlich, daß gerade in den Militärkreisen, die die beschränkten Machtmittel Litauens kennen, diese Auffassung Wolbemas' ihre Anhänger findet. Der Putsch ist mißlungen. Daß aber ein derartiger Versuch, die Regierung Kubelis zu stürzen, gemacht werden konnte, läßt die politische Notlage, in der sich Litauen befindet, erkennen. Interessant ist die polnische Meinung: „Warschau neigt man dazu, in dem Wolbemasputsch einen Versuch gegen die Bemühungen um eine Aussöhnung und Aussöhnung zwischen Litauen und Polen zu sehen. Diese Bemühungen sind jedoch schon seit einiger Zeit von der litauischen Regierung selbst abgelehnt

worden. Um das zu erreichen, bedurfte es keiner revolutionären Aktion.

Die Haltung Litauens gegenüber Polen hat sich merklich verflüssigt. Der „Politische Klub in Kaun, in dem vor einiger Zeit die Billnfrage wiederholt diskutiert und z. T. ein litauisches Kommando in dieser Frage befürwortet wurde, ist, weil seine Tätigkeit Mißfallen erregte, aufgelöst worden. In der halbamtlichen „Litauisches Aidas“ werden die Kreise, die in der Billnfrage Schlupf zu machen drohen, sofort zur Ordnung gerufen. In einem dieser Artikel wird die amtliche Standpunkt Litauens in der Billnfrage u. a. in folgender Weise erörtert: Das litauische Volk betrachtet die Befreiung Wilnas als ein oberstes Ziel. Dann wie können eine selbstbestimmte Nation sich nicht darum freuen, eine Stadt zu besitzen, welche durch lange Zeit ihr historisches, politisches, kulturelles, religiöses und wirtschaftliches Zentrum war? Könnte man sich vorstellen, daß die Litauer sich nicht bemühen würden, Rom zu befreien, wenn sie dies verlieren würden, die Franzosen Paris oder die Schweden Stockholm? Wilna ist für Litauen das gleiche, was Rom für die Italiener und Paris für die Franzosen ist. Weiter schreibt das Regime: Diese kürzlich zwei verurteilten Professoren — gemeint sind Cepinski und Bizias — offenbar die Meinung vertreten, daß die Rückkehr Wilnas zum unabhängigen Litauen den litauischen Staat und sogar die Nation zerstören würde, seien von allen Seiten Proteste gegen diese paradoxe und durch nichts begründete Besetzung gekommen. Litauen könne durch eine Wiedergewinnung des Billngebietes wirtschaftlich nur gewinnen. Wenn das Eisenbahnnetz des Gebietes habe mit demjenigen des gegenwärtigen litauischen Staates eine organische Einheit. Daselbe gelte in Bezug auf die Wälder. Die heute durch die Grenze getrennten seien. Der Hauptmarkt für die litauische Landwirtschaft, heißt es weiter, würde sich durch die Eingliederung des Billngebietes verbreitern; denn die Großstadt Wilna müsse heute einen großen Teil ihres Bedarfs an Lebensmitteln aus Polen beziehen. Die Ausgaben für die Verwaltung würden nur steigen, der Mehrertrag aber für den eigenen Einnahmen des Gebietes zu deken. Die Wiedergewinnung Wilnas würde also, schreibt das Blatt, für Litauen nicht nur keine Schwächung, sondern im Gegenteil eine Stärkung bedeuten. Wenn heute manche Leute in Litauen eine gewisse Ängstlichkeit verspüren, heißt es das ein „Solange er in einem Erklärer unter Polen um ein „Rückkehr“ der Verdrängung des nationalen Selbstvertrauens unter polnischer Herrschaft.

Sanj unumwunden ist in der halbamtlichen Presse Litauens und in den Reden seiner verantwortlichen Männer immer wieder von der Notwendigkeit einer Befreiung des Billngebietes die Rede. Kaun betreibt Polen gegenüber eine uneingeschränkte Revisionspolitik. Der litauische Ministerpräsident Kubelis sprach am 6. Juni in einer großen Bauernversammlung von dem „Befreiungskampf, den Litauen früher gegen die Herrschaft des bopyhässigen Adlers“ geführt habe und den es jetzt gegen den einköpfigen Adler, der noch einen Teil des litauischen Landes in seinen Krallen halte, fortführen müsse. Der aggressive Ton solcher Reden und Artikel ist ebenso ernstlich wie die Schaffenheit, mit der Polen die litauische Propaganda hinant. Allerdings braucht Polen — im sicheren Verlaß des von Litauen verlangten Gebietes — nicht zu befürchten, daß dieses eines Tages einmal in die Rose kommen wird, seine fortgesetzten Dröbungen in die Tat umzusetzen. Erst zu nehmen ist die litauische Propaganda im Wilna überhand zu nehmen, wenn man nicht etwas früher handelt, das es Kaun einmal gelingen könnte, mächtige Bundesgenossen für die Verwirklichung seiner Forderung zu gewinnen.

Der Putsch vom 6./7. Juni hat zwar keinen Erfolg gehabt. Mittlerweile aber hat es eine Umbildung der Regierung geführt. Am 8. Juni erklärte die Regierung Kubelis ihren Rücktritt. Dem Rücktritt des Gesamtkabinetts gingen die Rücktrittserklärungen des Kriegsministers Giedraitis und des Außenministers Janonis voraus. Die Umbildung der Regierung machte einige Schwierigkeiten, obwohl keine parteipolitische Verhinderung in der Verteilung der Ministerposten geplant war. Nach wie vor behält die Gruppe der Lautininkai, die in anderer Hinsicht der Oberengruppe in Polen verbleibbar ist, die Macht in der Hand. Die neue Regierung wurde am 12. Juni gebildet. Kubelis ist Ministerpräsident. Oberst Uleika bleibt Innenminister, Aliska Vandermittelsminister. Unter den Verhandlungen sind die des Kriegs- und vor allem des Außenministeriums die wichtigsten. Kriegsminister wurde Generalleutnant Schanuckis, der bisherige Vorsitzende des Staatsrats, und Außenminister der bisherige Chef des politischen Departements in diesem Ministerium Jozoraitis. Janonis soll als Gesandter nach Washington gehen. Der ehemalige Memelgouverneur und jetzige Oberbürgermeister von Kaun, Merkys, der als der kommunistische Kriegsminister genannt wurde, ist nicht zum Zuge gekommen. Ein Kurswechsel ist mit dieser Regierungsumbildung wieder auf außen- oder innerpolitischen Gebiet zu erwarten. Allenfalls ist mit einer Verstärkung des nationalen Kurzes zu rechnen.

Bemerkungen zu einem englischen Buch.

Der Umfassung, der im Laufe der letzten Jahre in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen eingetreten ist und der nach dem Dikt vom 26. Januar d. J. eine politische Weltkarte von dem Aussehen her sein muß, hat im Auslande anfänglich wohl noch mehr ungläubiges Erstaunen hervorgerufen als in manchen Kreisen der beiden unmittelbar beteiligten Länder. Die Öffentlichkeit des Auslandes hatte sich, soweit sie sich für die Offiziere überhaupt interessierte, so sehr daran gewöhnt, in der deutsch-polnischen Feindschaft eine notwendige Dauererscheinung zu sehen, sie hatte diese Feindschaft so sehr als feste Größe in ihre politische Berechnung eingelegt, daß es fast schwer fiel, sich die neue Lage zu finden und sich eine brauchbare Vorstellung von der Bedeutung und der Möglichkeiten des neuen Situations zu machen. Es ist verständlich, daß die ausländische Öffentlichkeit — an die sich ständig verfließende Propaganda und Gegenpropaganda gewöhnt —, der ihr überraschend kommenden Annäherung der beiden Gegner zunächst nur wenig Vertrauen entgegenzubringen vermochte und daß sie zunächst das meiste, an der Bekundung dieser neuen Entwicklung und an der Aufrichtigkeit des einen oder auch beider Partner zu zweifeln.

Im März d. J. erschien unter dem Titel „With in two Years“ („In zwei Jahren“) ein Buch von George Witlinski, das sich in seinem Untertitel als „Vericht über eine Reise in den Korridor, die Danziger Bucht und die Ostpreussische Provinz“ bezeichnet. Das Buch ist in englischer Sprache geschrieben, das sich über den neuen politischen Zusammenhang mit dieser ehemals so gefährlichen Frage auseinandersetzen vermag. Der Verfasser war früher als Journalist in Hinterindien tätig. Im September d. J. fuhr er durch Deutschland nach Polen, hielt sich kurze Zeit in Warschau, Danzig und Gdingen auf, ließ sich herumführen und Erklärungen geben; er interessierte den damaligen polnischen Ministerpräsidenten Jędrzejewicz, fragte den ehemaligen diplomatischen Vertreter Polens in Danzig, Dr. Straßburger, nach seiner Meinung, blätterte etwas in der Korridorliteratur, erkundigte sich bei allerlei mehr oder weniger klugen Leuten nach diesem und jenem, fuhr dann nach Saule und schrieb ein Buch, dem er, als am 26. Januar der deutsch-polnische Dikt zufolge kam, rasch noch ein Schlußkapitel anfügte.

Witlinski verzieht im allgemeinen darauf, sich mit den Einzelheiten der Ereignisse zu befassen, sondern er beschränkt sich auf die Darstellung der Argumente der beteiligten Propaganda auseinanderzusetzen. Er läßt nur hier und da, namentlich in der Danziger Frage, in Form von Unterhaltungen, die er wirklich oder angeblich mit einigen Vertretern beider Parteien geführt hat, die gegenwärtigen Auffassungen erkennen, und er vertritt dabei in allen von ihm berührten Streitfragen durchaus die polnische Seite: Was Danzig anlangt, so bedeutet er wohl das tragische Schicksal, schimpft dann aber über die Dickköpfigkeit seiner Bewohner und meint, daß die freie Stadt „von nichts Negtem“ wohl doch zu Polen gehöre. Auch mit Ostpreußen befaßt er sich, und er operiert hier mit den üblichen Argumenten des polnischen Antisites in Eborn und erteilt Sympathien für die Ansprüche, die polnische Seite auf die deutsche Provinz an heute weniger denn je zurechtfindenden wirtschaftlichen, bevölkerungspolitischen und sonstigen Gründen geltend gemacht worden sind. Im allgemeinen hat Witlinski es jedoch weniger darauf abgesehen, durch die Darstellung eines klaren Standpunktes in bezug auf die Frage zu erlangen, eine in England so häufige Erscheinung, man behauptet gegen Deutschland in den letzten Jahren seines Buches zu wecken.

Er hat von nationalpolitischen Deutschland nur so viel gesehen, wie man davon eben auf einer Eisenbahnfahrt von Aachen nach Teubentzen aufnehmen kann. Trotzdem bricht er über dieses neue Deutschland den Stab. Seine schneidende Art, ein Urteil über ein an einer Seitenwende lebendes Volkstum zu fällen, erinnert an die Art jenes reisenden Engländer, der, als er in Hamburg an Land ging und das nächste Hotel betrat, das Weib hatte, von einem etwas mißgelaunten Bedienten empfangen zu werden, sich dann hinsetzte und an seine Frau ein Briefchen schrieb: „Die Deutschen sind recht artig, haben abblühende Ohren und krumme Beine und scheinen tun sie auch.“ Ähnlich macht es Witlinski. Was Deutschland tut, ist für ihn entweder lächerlich (wie etwa die primäre Sauberkeit der deutschen Frauen) oder verdächtig (wie insbesondere die auffällige Diszipliniertheit der Massen). Auf jeden Fall aber kommt ihm das Gutm und Treiben der Nationalität wenig lebenswert vor. Seiner Darstellung nach wird in Deutschland kein Mensch mehr, offen zu sprechen, bereit zu lauschen oder sich an dem in die Augen zu sehen. Wohl ist der Mensch in Deutschland für über die Straßburger und „Inverantwortlichkeit“ der deutschen Beamten, über die „schlechte Behandlung der Juden“, die er allerdings nur vom Hörensagen her kennt, und über andere Dinge, die er feigeheitlich haben will. Einige Male hat er von der Bahn aus Arbeitergruppen auf der Straße marschieren oder auf dem Felde bei Entloosungsarbeiten beschäftigt gesehen: das sind wohl, vermutet er, Inoffen von Konzentrationslagern gewesen. Die feste Bekundung des deutschen Friedenswillens, die ihm in allen Unterhaltungen während seiner Fahrt durchs Reich oder während seines Aufenthaltes in Danzig entgegen-

trat, scheint ihm viel Kummer bereitet zu haben. Einmal hat er sich in Danzig mit dem Vertreter eines Hotels unterhalten, als es Krieg geben würde, Deutschland sich rüsten... aber er bricht unterbrochen die Unterhaltung ab, weil er von dem Vertreter nicht die erwartete Auskunft erhält. „Es ist“, sagt er, „unmöglich, über die geheime Aufstellung Deutschlands zu diskutieren.“ Er hat trotz allem Eifers, den er darauf vermerkt hat, keine Anhaltspunkte dafür gefunden, daß Deutschland rüftet oder die Absicht hat, den Frieden zu stören. Aber dennoch ist er leicht davon überzeugt, daß Deutschland Jomobi das eine tut, was das andere will.

Da Witlinski in dieser Beziehung aus dem Deutschen nicht herausgeholt konnte, hält er sich mit um so größerem Eifer an einen einzigen Satz seiner polnischen Freunde: „Es gibt...“ ausführlich eine Unterredung mit Dr. Straßburger wieder, der seine Zweifel an der Ehrlichkeit des deutschen Friedenswillens besonders hervorhebt und seinen englischen Zuhörer eine „Woffhaft an Britannien“ mit auf den Weg gibt, die dieser denn auch getreulich als besonderes Glanzstück seinem Buch beifügt hat. Diese „Woffhaft“ hat folgenden Wortlaut: „Bittler (I) verkennt in seinem Buche „Mein Kampf“ zwei Ideen: den Krieg zur Wiedereinnahme der verlorenen Gebiete und die „Wittigkeit“ mit England, um dieses Ziel zu erreichen. Der Frieden in Europa hängt also von der klaren und eindeutigen Haltung ab, die England dem Imperialismus und den Illusionen der Bittlerischen (I) Politik gegenüber einnimmt.“ Witlinski ist auf diese „Woffhaft“, die er seinen Landsleuten aus Polen mitbringen durfte, ansehend sehr stolz. Sie verzieht ihm mit der Erfolglosigkeit seiner Bemühungen, wirkliche Beweise über die angebliche Angriffsall Deutschlands zu finden. Er ist mir das ausgesprochen, was Witlinski in seinem Buche glaubhaft zu machen vermag. Aber er erkennt trotz der „Woffhaftlichkeit“, mit der Dr. Straßburger behauptet, daß gegen Deutschland Stimmung zu machen und Mißtrauen zu farn bemüht ist —, doch den Einbruch des „Rommers, der ausjag, um das Grotzen zu lernen, und dann an Ort und Stelle entziehen mußte, daß eigentlich alles doch seinen geordneten Gang geht.“

Im Schlußkapitel, das noch einmal den Buchtitel „With in two Years“ als Überschrift trägt, kommt Witlinski auf den deutsch-polnischen Dikt vom 26. Januar d. J. zu sprechen. Offenbar hat er sich bei der Darstellung des Diktats auf den vorangehenden Kapiteln entziffene Schilderung der deutschen „Unverantwortlichkeit“ gegenüber Polen berufen durch diese politische Katastrophe auch in den Augen eines harmlosen Lesers ganz erheblich an Glaubwürdigkeit. Das hat Witlinski wohl auch selber gemerkt. Aber kein Mißtrauen gegen Deutschland löst sich so leicht nicht überwinden. Er weiß sich zu helfen: Zunächst hebt er für ihn natürlich noch vorzubereiten sei, daß nicht Deutschland, sondern Polen den Dikt veranlassen und herbeiführen sollte und daß das überhand zu nehmen ist. Er meint, was er meint, nur aus taktischen Gründen. Er sagt: „Der polnische Korridor, Danzig und Schlesien haben für kurze Zeit (II) aufgehört, Kriegszustände zu sein.“ Aber der Friede — das scheint der Sinn der etwas verworrenen Ausführungen seines Schlußkapitels zu sein — kommt ihm heute noch weniger gelehrt vor als zuvor. Er begründet diese Ansicht etwa in folgender Weise: Deutschland verfiere das französische Bündnis in Europa; es treibe einen Keil zwischen Frankreich und Polen. Deutschland lasse im Osten Rußland, um sich amso intensiver Österreich und Dänemark umwenden zu können, um sich in den blühenden Ländern neue Wirtschaftsmöglichkeiten zu schaffen und vor allem, um sich im Innern für spätere außenpolitische Aktionen zu stärken. Deutschland beunruhige Rußland durch die Möglichkeit eines von Polen und Japan und vielleicht auch von Italien unterstützten, ein gestillten Verstoßes in die Ukraine. Es ängstige Frankreich. Kurz und gut, es verleihe durch seinen Dikt mit Deutschland Europa in „Anschauung und Schrecken, ihre Meinung über die deutsche Politik übermäßig zu kontinieren, nur Wahrung eines belästigen Stiles zu bringen bedürfe.“ Und dann macht Witlinski einen geistigen Salto mortale: Deutschland scheint ihm durchaus auf dem richtigen Wege zu sein; Es mochte den saulen Zauber in Welt nicht mehr mit, sondern verständig sich mit den Staaten, die ihm geeignet erschienen, unmittelbar; es laubere sich körperlich von all den Erbfeindungen und Lügen einer kulturellen und körperlichen Entartung, seien die die anderen Völker Europas noch immer nichts unternehmend. Deutschland allein habe den Mut, die ersten Basismat auf der Bahn und im Himmel, in den Büchern und in der Kleidung zu unterdrücken; es habe den duktanten Vernegerung seines Landes und seiner Milt überwinden; es erziehe ein gelundes Geschlecht... Aber gerade das ersieht Witlinski gefährlich, daß Deutschland als erstes Land diesen Weg einer kraftvollen inneren Erneuerung geht und sich dadurch „einen Vorprung vor den anderen Ländern“ verschafft. In zwei Jahren laßt er, wenn Deutschland den Schritt zum verantwortlichen Mannschicht erreicht habe, dann laßt seine Anrechnung nicht mehr in Worten Unterhaltungen, sondern sehr reale Wirklichkeit sein werden... dann sei es vielleicht schon zu spät. Er meint wohl: „Ja spät, um den Frieden zu retten, der dann von Deutschland gestört werden könnte. Witlinski kennt Deutschland nicht; er ist gerade so lange in Deutschland gewesen, wie man braucht, um von Aachen nach Teubentzen zu fahren. Er ersieht daher wenig geeignet, über dieses Deutschland ein Urteil zu fällen. Man kann es ihm tausendmal fragen und man kann es ihm täglich bemerken, daß Deutschland den Frieden will. Er glaubt es nicht, denn er will es nicht glauben.“ Dr. Straßburger.

Dr. Goebbels in Warschau.

Der Besuch des Reichministers Dr. Goebbels in Warschau war, sobald die ersten Nachrichten darüber aufstanden, in der politischen Öffentlichkeit sehr lebhaft besprochen. Dr. Goebbels ist — neben dem Kaiser selbst — wohl derjenige unter den führenden Führern des neuen Deutschland, der in der Öffentlichkeit die Posten des stärksten Interesses erweckt. Auch die polnischen Journalisten, die vor einiger Zeit Deutschland belächelten, haben sich den deutschen Propagandaminister besonders eingehend befaßt und mit Milde darauf vermerkt, seine Redenpolitik zu deuten und zu analysieren. Das ist verständlich, denn die polnische Öffentlichkeit erblickt in dem Leiter der deutschen Volksaufklärung und Propaganda den engsten Mitarbeiter des Führers nicht nur bei der weltanschaulichen Lenkung der deutschen Nation, sondern auch bei der Eingestaltung auf außenpolitischem Gebiete und hier insbesondere bei der Regelung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen. Dr. Goebbels ist hier in den Berichten der Deutschen fast als ein vollkommener Herrscher und unumstößliches Argument vorgeführt. Er muß festgehalten werden, daß in der polnischen Öffentlichkeit die an Dr. Goebbels ergangene Einladung der polnischen „Union für Bildung“ und die damit verbundene Möglichkeit, einen der führenden Männer des Dritten Reiches persönlich kennenzulernen und ihn über die Bewegung des Nationalsozialismus sprechen zu hören, allgemein mit Begeisterung begrüßt worden ist.

Rur in der marxistischen und jüdischen Presse erhob sich bei Bekanntwerden des bevorstehenden ein lautes Geschrei. Und wie ein Krakauer Feuilleton, der „Krony Dzinanki“, berichtet, hat die jüdische Sezessionisten ihrem Verstande und ihrem Verstande Ausdruck gegeben, daß dem rückstößeligen Propagator der Rassenlehre die Möglichkeit gegeben wird, seine den Kallenhaas in Polen schreitenden Lehren zu verkünden.“ Hierauf hat der nationaldemokratische „Kurier Domanski“ die einzig richtige Antwort gegeben, indem er u. a. schreibt: „Man kann den Besuch von Herrn Goebbels in Warschau verschieden betrachten. Er kann verschiedene Gesichtspunkte und Einwürfe veranlassen. Aber die Beurteilung der politischen Seite dieses Besuches steht ausschließlich dem polnischen Volke zu. Die Juden können in dieser Frage nicht das Wort ergreifen. Ihnen steht es nicht zu, zu bestimmen, wer nach Polen kommen kann und wer nicht, sie können nicht bestimmen, was man in Polen fordern kann und was nicht. Die Einmischung der Juden in Angelegenheiten, die die polnische Außenpolitik betreffen, ist ein Beweis für ihre großen Ansprüche, den polnischen Staat ausschließlich nach Gesichtspunkt ihrer Politik und ihres Hasses gegen diese oder jene Völker mit zu regieren.“

Der Osten hilft Berlin.

Mit dem Hermann-Göring-Plan ist der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Berlin in größtem Maßstab aufgenommen. Es ist klar, daß dieser Kampf nicht von Berlin allein durchgeführt werden kann. Die Millionenhilfe ist darauf angewiesen, daß sie von außen her entlastet wird. Das geschieht einmal durch die Sperrung des Zugverkehrs auswärtiger Kräfte, andererseits durch die Verplanung von Berliner Arbeitslosen aufs Land, ihre Überweisung in ländliche Arbeitsgebiete, in denen sich großenteils schon ein empfindlicher Mangel an Kräften bemerkbar gemacht hat. Hier sind vor allem die agrarischen Ozeanprovinzen in der Lage, Berlin zu Hilfe zu kommen. Hannover und Ostpreußen werden Berliner Arbeitskräfte bei ihren Kultivationsarbeiten beschäftigen können; die Hauptaufnahmgebiete sind hierbei die Provinzen Brandenburg, Pommern und Grenzmark Posen-Westpreußen sein.

Für diese Gebiete ist Berlin von jeher das eigentliche Wirtschaftsleben gewesen, während die übrigen angrenzenden Provinzen wirtschaftlich bereits nach anderen Zentren tendieren. Die Statistik des Güterverkehrs zeigt, daß i. B. im Jahre 1931 60 v. H. des gesamten inländischen Güterverkehrs Berlins nach den drei genannten Provinzen ging und 40 v. H. aller in Berlin eingehenden Güter aus diesen Gebieten kamen. Reich deutlicher wird die enge Verflechtung Berlins mit dem brandenburgisch-pommerschen-grenzmärkischen Wirtschaftsgebiet, wenn man in der Statistik des Güterverkehrs die Zufuhren von Lebensmittel nach Berlin betrachtet. Es entfielen im Jahre 1931 von der Gesamtanlieferung in Berlin bei Rindern 50 v. H., bei Kühen 75 v. H., bei Schafen und Ziegen 48 v. H. und bei Schweinen 60 v. H. auf dieses Wirtschaftsgebiet. Diese Verflechtung macht es notwendig, daß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit einheitlich durchgeführt wird. Wenn in den Provinzen Pommern, Brandenburg und Grenzmark bereits in dem vergangenen Jahre dieser Kampf mit gutem Erfolge aufgenommen wurde, so kommt diese Verantwortung der einheitlichen Aktion nur zugute. Kann doch jetzt das Hauptaugenmerk auch dieser Provinzen auf das Gedeihen dieses Kampfbündnisses, der Freimachung Berlins, gerichtet werden. Zur Auflockerung des überfüllten Berlins können jetzt Arbeitskommissionen in das genannte Wirtschaftsgebiet übernommen werden. Ein Wirtschaftsausschuß, das in Berlin seinen Hauptbureau hat, muß auch zur Schenkung dieses Arbeitsgebietes mitwirken, denn es nicht jäh damit fertig am meisten.

Der marxistische „Robotnik“ verwandte mehrere längere Artikel darauf, um seine „Bedenken“ gegen den Besuch Dr. Goebbels zum Ausdruck zu bringen; in einem dieser Artikel drifft er den Leiter der einladenden Gesellschaft, Professor Zieliński, scharf an: „Ist nicht u. a. das Mitglied der Dinterakademie und der Imperatore des Dinterministers, Prof. Chaddams Zieliński, hegt eine merkwürdige Begehr, Liebe für die Hitlerbewegung. In dem Augenblicke, in dem der Danziger Senat eine ausserordentliche polenwissenschaftliche Kommission (I?) und es zuläßt, daß polnische Staatsangehörige vertriegelt werden (II?), die die Hitlerbewegung nicht gründen wollen, hält Professor Zieliński Vorträge für die Danziger Hitlerbewegung.“

Zum Empfang des Ministers Dr. Goebbels hatten sich auf dem Flughafen Vertreter der polnischen Behörden, der deutschen Gesandtschaft sowie Angehörige der deutschen Kolonie sehr zahlreich eingefunden. Der Minister wurde zunächst von dem deutschen Gesandten in Moltke begrüßt. Als offizielle Vertreter der polnischen Regierung waren in der Begleitung erschienen: der Innenminister Pietschki, der Kabinettschef des Außenministers Dembski, der Wojewode von Warschau, der Leiter der Presseabteilung, Przemyski, Ministerialrat Wlodarkiewicz, sowie Professor Zieliński. Zu dem Vortrag Dr. Goebbels hatte sich ein ausserordentliches Publikum eingefunden. Unter dem Erscheinen bemerkte man den polnischen Ministerpräsidenten Kozlowski und Außenminister Bek, den Innenminister Pietschki, den Unterstaatssekretär im Außenministerium, Sienkowski, den Führer des Regierungsbüros, Oberst Slawek, den Führer des Büros für die Beziehungen der Staatssekretäre und höhere Beamte, ferner den Generalinspekteur der Truppe, General Szabisi, schließlich die Wojewäher Frankreichs, Amerikas, Englands und Italiens sowie fast sämtliche Gesandten.

Am 10. Juni flogen Staatssekretär Grauert und Oberpräsident Koch nach Warschau, um am dort stattfindenden Internationalen Kulturtag teilzunehmen, das von etwa 30000 Menschen besucht war. Der polnische Staatspräsident Morsicki empfing in Begleitung des deutschen Gesandten v. Moltke die Gäste in der Staatsloge, in der viele Minister und andere Vertreter der Regierung anwesend waren. Oberpräsident Koch führte eine längere und freundschaftliche Unterhaltung mit dem polnischen Ministerpräsidenten, dem Staatssekretär des polnischen Auswärtigen Amtes und anderen Mitgliedern der Regierung. Im Ehrentor der Bälle, bei der Zeremonie im Saal, die sich an dem der Staatssekretäre des Auswärtigen und der Reichswehr anwesende Amt teilnahmen, Staatssekretär Grauert und Oberpräsident Koch kehrten am 11. Juni nach Königsberg zurück.

Die ersten Maßnahmen in dieser Hinsicht sind in der Grenzmark Posen-Westpreußen bereits in Angriff genommen. Dem Vermögen des Schneidemühler Oberbürgermeisters ist es gelungen, zwei Projekte der Durchführung nahezubringen, die Hunderttausende von Arbeitsstunden in Aussicht stellen. Vorgelesen ist ein Hafenbau in Deutsch-Wisch, der etwa 300 Kottschadenarbeitern in ein Jahr Beschäftigung geben wird, 100 Schneidemühler und 200 Berliner Volksgenossen sollen zu den Erarbeiten herangezogen werden. Der Ausbau des Hafens dürfte für das Wirtschaftsleben Schneidemühls und der Grenzmark Posen-Westpreußen eine erhebliche Steigerung bedeuten. Die Berliner werden im alten Stahelwerk im Reichsbahn-Zusammenwerk VIII untergebracht und voraussichtlich auch dort verpflegt werden. Nach sorgfältigster Berechnung werden etwa 125000 Kagenwerke ausgeführt werden. Ein weiteres großes Unternehmen, das die Stadt Schneidemühl beginnt, ist die Eröffnung einer in den Dagen. Hier sollen 100 Mann 13 Jahre lang beschäftigt werden, um diesen Naturfluh zu heben. Sie werden nicht als Kottschaden, sondern als reguläre Arbeiter beschäftigt.

Hier nimmt die Arbeitsbeschaffungspolitik des Nationalsozialismus die Aufgabe von der wirtschaftlichen Seite her in Angriff, deren Erfüllung sich die in der Hitlerbewegung zu kämpferischer Gemeinschaft zusammengeschlossene junge deutsche Generation vor allem gestellt hat. Oberbürgermeister Gottward Ammerlahn hat in allem programmatischen Rundfunkrede am 12. Februar d. J. den Willen der Jugend zum Osten verkündet. Anknüpfend an seine Rede fährt Unterführer Otto Zauber, in der „Preussischen Zeitung“ unter dem Titel „Berlin gehört dem Osten“ u. a. aus: „Der allein wird die Geschichte des Ostens für die Vervollständigung einer Weltanschauung und Wandlung erfahren, die ankunft an das Werk des Ritterordens und die Zeit Stridobus des Ostens. Die erste und wichtigste Etappe auf dem Wege einer neuen Entdeckung, die sich für Jahrzehnte, wenn nicht gar für Jahrhunderte auswirken wird, ist die Eingliederung Berlins in den Osten. . . Durch die Hitlerbewegung soll die Hauptstadt des Deutschen Reiches, die aus dem Kampf um den Ostraum herausgewachsen ist, aber durch die falsche Politik eines liberalistischen, selbstmitleidigen und mürren Ostens des Ostens ein offenerer Ort werden, wieder in den deutschen Osten eingegliedert werden.“

Der Bauer in der polnischen Literatur.

Die von Senatspräsident Dr. Kaufung vor einiger Zeit ins Leben gerufenen „Zielinski“ sind in den letzten Jahren in Polen in die Höhe zu ihrem ersten Vortragsabend gelangt, den im festlich geschmückten Mikulajischen Rathaus eine große Anzahl von Politikern, Wissenschaftlern, Künstler und geistig interessierten Menschen versamelte. Für den Vortrag „Der Bauer in der polnischen Literatur“ hatte die Gesellschaft einen der angesehensten Wissenschaftler Polens, den Literaturkritiker der Universität Warschau, Professor Chabowski Zielinski, gemonnen. Zielinski ist der einzige ausländische Gelehrte, der von Reichspräsidenten von 5 Hunden in die deutsche Literatur-Medaille ausgezeichnet wurde. Er ist der Leiter der „Polnischen Union für Bildung“, von der die Einleitung an Reichsminister Dr. Seebels zu einem Vortrag über die Außenwelt des Nationalsozialismus in Warschau ausging. Der große polnische Gelehrte wurde von Senatspräsidenten Dr. Kaufung herzlich begrüßt; er hielt seinen Vortrag frei in deutscher Sprache. Zielinski führte u. a. aus:

„Das Problem der literarischen Darstellung der Bauernwelt sei natürlich in Polen ebenso lebendiger, wie in anderen Völkern. Der Vortragende verfolgte die Entwicklung dieser literarischen Darstellung zurück bis in die Antike, deren Einfluß diese literarische Darstellung Jahrhundert für Jahrhundert und unter dem sie eine Abwechslung des Pöbelens und seiner Demos war. Er schilderte dann, wie der Einfluß auf die Bauerndarstellung in der polnischen Literatur von der Richtung des dramatischen Jögels, der biblischen Richtung

beeinflusst wurde, wie sich die Schilderung des Bauern von der Seite des Pöbelens und des Bauerns vollzieht. Bei der Behandlung der polnischen Literatur, die sich der Schilderung der Bauernwelt angenommen haben, hob er besonders Mickiewicz, Gellert, Brzinski und Reymont hervor, von denen für weitere Kreise wohl Kosjuszko der am wenigsten bekannte war. Prof. Zielinski legte dar, daß Kosjuszko ein Vorbild von Conscience sei. Es hätte nur früher zu erscheinen brauchen, und es hätte den Rubin Mickiewicz annulliert. Als es dann erschien, war kein Publikum mehr für dieses Epos da. Er wolle nicht, fuhr Prof. Zielinski fort, ob es was Spengler über die Bauernwelt sagte, sie dort, auf die polnische Bauernwelt, das seien nicht isolierte Volksteile, sondern sie gehörten mehr zu den modernen Völkern. Dagegen solle Spenglers Schilderung auf die slavischen Völker, auf die russischen und polnischen Bauern. Nach Kosjuszko schilderte Zielinski „Gecion“, dann den literarischen Kampf um die Bauernbefreiung in Rußland, wobei er Coltoi, der mit realistischen Mitteln den Bauern als Adelmanen schloß, als den größten, aber auch gefährlichsten der literarischen Revolutionäre hinstellt, um schließlich zur Krönung der polnischen Bauernbewegung in Wladislaw Reymonts Bauern-Roman zu kommen. Er schilderte mit höchster Feinheit den Inhalt und Symbolik der Iba. Bei Reymont sei das gelobte Land das Land der Bauern. Sein Roman habe nichts mehr mit der Abseilerung zu tun, sondern sei eine Dichtung des Milieus. Die Heiligkeit des Werkes symbolisiere Reymont als die heilige fruchtbare Erde selbst.

Ostland-Woche.

Die polnisch-englischen Wirtschaftsbeziehungen.

Die englisch-polnischen Handelsbeziehungen, die, zur Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen zwischen den beiden Völkern führen sollten, haben einen lächerlichen Rückschlag erlitten. Polen verlangt von England eine langfristige Anleihe, die für Konvertierungszwecke und für Zwecke des Wirtschaftsaufbaues verwendet werden sollte. Die Bank von England hat indessen gegen eine solche Polenleihe ihr Veto eingelegt. Diese Haltung begründet die Bank mit der Gefahr, daß der Kurs der fremdwertigen polnischen Wärange, die seit 1922 in Vorschub auf gestiegen ist, so daß die Unterbringung der von Polen gewünschten neuen Prozentanleihe mit den größten Schwierigkeiten verbunden sein würde. Hierbei ist noch anzufügen, daß die Bank von England die politische Lage in Europa gegenwärtig nicht ganz geeignet, England zur Übernahme eines neuen finanziellen Risikos zu bewegen. Dieser erklärt demgegenüber, eine Zunahme der Einflüsse von Fertigfabrikaten aus England, wo dieses sie von Polen verlange, setze entweder eine englische Anleihe oder eine Erweiterung des Abzuges polnischer Waren in England voraus, das kurzfristige Kredit über die gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht hinwegbesorgen könnten. Die Aussichten für eine Erweiterung des polnischen Exports nach England sind indessen alles andere als günstig. Polen ist vor allem an dem Absatz von Bacon, Butter und anderen Agrarprodukten interessiert. Wie die Londoner Wirtschaftspresse betont, könnten diese Waren „nur über die Versteigerung des englischen Landwirtschafstamens“ nach England gelangen.“

Was die polnische Rohlenausfuhr anlangt, so sind die englischen Bergwerksbesitzer der Auffassung, daß jeder Ausbau des polnischen Kohlenexports unbedingt verbunden werden müßte. Der englische Kohlenbergbau hat den Polen eine Denkfrist überreicht, die gegenwärtig in Warschau geprüft wird. Eine Ablehnung der englischen Vor schläge ist ferner. Die Engländer verlangen eine Garantierung des status quo auf den kenneimontischen Märkten, die Einstellung der polnischen Kohlenausfuhr nach England, Spanien, Portugal und Japan sowie eine Einschränkung des Exports polnischer Rohle nach Italien. Die Engländer sind nur bereit, den österreichischen Markt der polnischen Kohlenausfuhr endgültig zu überlassen.

Ein „Verband zum Schutze polnischen Eigentums im Auslande“.

Die aus Deutschland nach Polen zurückgekehrten polnischen Staatsangehörigen haben in Warschau einen „Verband zum Schutze polnischen Eigentums im Auslande“ gegründet. Dieser Verband hat dem Außenministerium, dem Innenministerium und dem Handelsministerium in Warschau eine Denkschrift überreicht, in der vorgelegt wird, daß das für den 1. Juli d. J. von Deutschland angekündigte Transfermoratorium für das polnische Wirtschaftsleben nachteilige Folgen haben könne. Polnische Unternehmen — so wird ausgeführt — hätten in Deutschland Forderungen von vielen Millionen ausstehen; überdies gehörten mehr als 5000 Jüdischer und landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland polnischen Staatsangehörigen. Der Ausbruch der Forderungen würde den polnischen Staatsbürgern großen Schaden zufügen, während andererseits Deutsche ihre Forderungen in Polen nach wie vor einfordern könnten. Ein solches Vorgehen würde nach Rücksicht darauf, daß die deutschen Forderungen in Polen rechtlich nicht die Möglichkeit, die polnischen Forderungen gegenüber Deutschland

überprüfen. Bei den polnischen Staatsangehörigen, die hier die Warschauer Regierung gegen das deutsche Transfermoratorium mobil machen wollen, handelt es sich in recht vielen Fällen um polnische Juden, die sich während der Jahre, die sie sich in Deutschland aufgefunden, in polnischen Vermögens „erworben“ haben und nun zum Teil als „politische Flüchtlinge“ die Sünden ihrer „Arbeit“ im Auslande genießen möchten.

„Brith Sakali“ in Polen gestattet.

Die Warschauer jüdische Morgenpresse berichtet, daß der Regierungskommissar für die Stadt Warschau aus mehr als einjährigen Verhandlungen die Sahnungen des jüdischen Wehrverbandes „Brith Sakali“ bestätigt hat. Dieser Verband, der die Juden angibt, die in ihrer irgendeines Staates als Soldaten gedient haben, untersteht dem Führer der rechtsjüdischen „Sinnisten“ Dr. Zagotynski, dem auch die andere militärische Organisation der Juden „Brith Trumpador“ untersteht. Auswärtig sind beide Organisationen für Palästina bestimmt; bisher haben sie sich jedoch als Sturmtroop des Judentums in Polen betätigt.

Kardinal Rakowski und die Rabbiner.

Die Rabbiner Polens haben dem Erzbischof von Warschau Kardinal Rakowski durch eine Abordnung eine Denkschrift überreichten lassen, in der sie unter anderen und unerwarteten Ausfällen gegen das nationalsozialistische Deutschland den Kardinal bitten, anlässlich der immer häufiger vorkommenden jüdenfeindlichen Kundgebungen in Polen einen Hirtenbrief zu erlassen, um den Frieden und die Ruhe jüdischen Juden und Christen wiederherzustellen. Kardinal Rakowski hat der Abordnung sofort geantwortet und erklärt, daß er alle Gewaltakte, mögen sie von Christen oder Juden verübt werden, im Sinne Christi verurteile, er könne es jedoch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß bei ihm zahlreiche Klagen darüber sich erhoben, daß die religiösen Götzen der Christen seit aus der Welt auszuweisen. Die soeben erlassene Hirtenbriefbemerkung in Polen werde von Juden gefürchtet, die moralisierenden pornographischen Schriften hätten jüdische Juden als Verleuger und Verkäuser. Schließlich forderte der Kardinal die Rabbiner auf, bei ihren Staatsanwaltern darauf hinzuwirken, daß diese anstatt Geld für die kommunistische Agitation im In- und Auslande bersorgen, lieber dieses dem polnischen Staate zur Verfügung stellen sollten.

Die Rabbiner hatten offensichtlich gemeint, mit ihrer Hehe gegen Deutschland bei dem polnischen Kardinal Sympathien wecken zu können; sie haben sich jedoch eine ziemlich scharfe Abfuhr geholt. Es ist ihnen klargestellt worden, daß sie erst für Souveränität in ihrem eigenen Hause sorgen sollen, ehe sie ihr Wehgeschrei über die Judenfeindlichkeit bei anderen Völkern erheben. Die Zurechtweisung durch den Kardinal hat den Rabbinen die Stimme verschlagen. Jetzt wollen sie es auf einmal nicht mehr sein; jetzt schieben sie die Schuld an der „Praktikation bei Rakowski“ dem Gelehrten ihres Verbandes zu, dem sie vorwerfen, daß er eine unangebrachten politischen Ehrentitel empfangen.

Die Aktion der Rabbiner ging unter absonderlichen Begleitumständen vor sich. Die jüdische Presse hatte in letzter Zeit ihre Leser durch alarmierende Meldungen über die wachsende Judenverfolgung in Polen in einen Erregungszustand versetzt, der im Warschauer Judentum zu Zusammenrottungen führte. Die Rabbiner mußten deshalb mit größter Umsicht zusammengetrieben werden. Eine Anzahl mit Messen und Schlagringen be-

warteter Judenbogenen wurden verhoft. Bei der polizeilichen Durchsuchung einer Sionistenkneipe wurden verschiedene belastende Dokumente und mehrere Handgranaten gefunden. Die gefasste jüdische Presse, die durch die Verbreitung von Grauelnachrichten das ihre zur Erhöhung der gährenden Unruhe beitrug, wurde beschlagnahmt. Die lauernden Nachrichten wurden in Umlauf gesetzt. Beschlüssen von antijüdischen Judenbüchern, von vergifteten Zuckerkuchen u. a. m. sind allenorts zu sehen, doch ist in letzter Zeit infolgedessen häufiger Aufbruch nach erbeicht. Kellereien in jüdischen Häusern und Anhängern der antijüdischen Nationalistabakalen ereignet haben.

Gerüchte um die Verwaltungsreform.

Mit der letzten Regierungsumbildung in Polen scheint die Frage der Ausrückung der Verwaltungsbezirke wieder aktuell zu werden. Die polnischen politischen Kreise ist davon die Rede, daß die Verwaltungsreform noch vorzuziehen werden soll, solange sie sich noch auf Grund der vom Staatspräsidenten nach Sejm erteilten Beschlüssen auf dem Beratungsmasse beschließen läßt. Mit dieser Frage haben sich die Öffentlichkeit und Antistellen in Polen schon oft Jahren befaßt. Wie es jetzt heißt, lohnt angeblich sich die Wojewodschaften einzuführen werden, und zwar Carnopol und Stanislaw, Bialystok und Nowogrodek sowie Kielce. Die beiden erlangenen Wojewodschaften sollen mit der Wojewodschaft Lublin zu einer Verwaltungsbezirk zusammengelagert werden, während die Wojewodschaften Kielce und Lublin, nach Kiel Krakau und schließlich nach Kiel Lublin eingereiht werden soll. Der Zweck der Vergrößerung der Wojewodschaften soll in ihnen wiederholt werden, bisher jedoch, vermutlich mit Rücksicht auf die Bindungen durch das Senats Abkommen, immer wieder zurückgestellt werden. Von einer Vergrößerung der Wojewodschaft Pommerellen durch einige kongrepolnische und polenische Kreise

und von der Verkleinerung kongrepolnische Gebietsteile mit der westlichen Wojewodschaft Polen ist jetzt nicht die Rede. Derartige Beschlüsse waren früherzeit lebhaft diskutiert und in einer amtlichen Kommission erwoogen worden.

Deutscher Schriftleiter in zwei Fällen freigesprochen.

Der politische Schriftleiter des „Pommereller Anzeigers“, Eitel Wenzel, fand wegen angeblicher Preßvergehen in zwei Fällen von dem polnischen Justizgericht. Am ersten Falle hatte sich Wenzel wegen eines Artikels über die im November vorigen Jahres in Graudenz anlässlich der Stadterneuerungsmord ermordeten Deutschen Krumm und Weibold zu verantworten. Der polnische Staatsanwalt erblachte in der Stellung des Nachtrags, die er starben den Helendot für ihr Volkstum, ein Vergehen gegen § 170 des polnischen Strafgesetzbuches, in dem für Verbreitung falscher Nachrichten Gefängnis angedroht wird. Wenzel hatte sich bereits in früheren Verhandlungen in dieser Sache erboten, den Verurteilten zu unterstützen. Der polnische Richter sprach den demselben Schriftleiter frei. — Auch im zweiten Fall fand Wenzel wegen Vergehens gegen § 170 des polnischen Strafgesetzbuches vor Gericht. Es handelte sich um eine Notiz, in der gefagt wurde, daß Marjall Pijulski die Herausgabe einer Verordnungsverordnung aufgeben habe, weil sie ihm unangenehm erschienen sei. Der Staatsanwalt erblachte in dieser Mitteilung eine unrichtige Nachricht, die geeignet ist, öffentliche Unruhe zu erregen. Wenzel erklärte sich bereit, den Verurteilten zu unterstützen und beantragte die Verurteilung des Marjalls, des Ministerpräsidenten, der Minister, sowie des polnischen Staatspräsidenten. Er erklärte ferner, daß die Nachricht, auch wenn sie nicht stimmen sollte, keine Unruhe, sondern im Gegenteil Befriedigung in der Bevölkerung auslösen könnte. Auch in diesem Falle sprach der Richter den Schriftleiter von Schuld und Strafe frei. Die Kosten beider Prozesse sollen der Staatskasse zur Last

Taras Schemtschenko.

Am März vor 120 Jahren wurde der größte ukrainische Nationaldichter, der Wiedererwecker des ukrainischen Geistes und Nationalbewusstseins, Taras Schemtschenko, geboren. Als Sohn eines leibensigen Bauern im Jahre 1814 im Kiener Gouvernement geboren, frühzeitig verwaist, mußte er viel Not und Elend durchmachen, bis er die Verlogenheit der Unterwelt entdeckte wurde. In Petersburg machte er die Bekanntschaft des Poeten Gogol, des Malers und Zeichners, der in seiner ersten Schöpfung nach ihm im Petersburger Sommerpark gefunden hatte, und dieser hoff ihm, sich aus der Petersburger Kunstkolonie zu lösen. Schemtschenko trat in die Petersburger Kunstkolonie ein, wurde Schüler des berühmten und einflussreichen Karl Brüllon und machte so rasche und große Fortschritte, daß ihm in verhältnismäßig kurzer Zeit die goldene Medaille und der Titel eines freien Künstlers verliehen wurde.

Seine große Beliebtheit und solche Popularität in der ganzen Ukraine verbotte er jedoch einem anderen, dem dichterischen Talent. Seine Gedichte, die er Anfangs heimlich aufzulesen und forsamtig vorzutragen und die im Jahre 1840 gegen seinen Willen von einem seiner Freunde unter dem Titel „Kobzar“ (Kriemhild) veröffentlicht wurden, machten ihn nicht nur zum vertriebenen Uebing seiner Landsleute, sondern auch zum allgemein anerkannten Führer der demokratischen ukrainischen Bewegung. Er wurde ein glühender und leidenschaftlicher Verfechter der nationalpolitischen und sozialen Forderungen des ukrainischen Volkes und machte sich mit voller Kraft und dichterischer Begeisterung gegen den russischen Zerismus und dessen „Zemstrosnik, sowie gegen jedwede Unterdrückung und Verwahrlosung. Er befaßte die Schichten des Heimatlandes, den verlassenen Ruhm der Kozaken und Hymnen und die verteilte ukrainische Freiheit des ukrainischen Volkes. Ganzlich malte er in grellen Farben die Unerschrockenheit und Unerschlichkeit der russischen Herrschaft und das Elend der leibensigen Bauernschaft und lebte mit seinen Anliegen nicht einmal die eigenen Wünsche. Von der Rotwendigkeit der Befreiung der Ukraine durchdrungen, forderte er keine Volksfreiheit zu erkämpfen. Seine Dichtungen (insbesondere „Kozum“, „Kaukasus“ und „Pasinan“) präzisieren in zahlreichen Abdrücken in der ganzen Ukraine und fanden begeisterte Anhänger nicht nur unter der damaligen liberalen Antistellen, sondern auch unter dem nicht gänzlich russifizierten ukrainischen Adel, der noch alte historische Traditionen der Hetmanzeit pflegte.

Die russische Regierung, die den ukrainischen Separatismus fürchtete, ließ den jungen Dichter und Maler, der eben im Begriffe war, als Kiener Hochschulprofessor eine vielseitige öffentliche Tätigkeit zu beginnen, ganz unerwartet auf einem Dampfer verhaften, im Jahre 1847 nach Petersburg in die berühmte Peter-Paul-Festung bringen und nachher als gemeinen Soldaten in lebenslänglicher Verbanung in die Krim zu deportieren. Der Dichter mußte in der Krim leben und zu arbeiten. Schemtschenko kam keine Ermüdung und keine Schwach erpart wurden, blieb ungeschwächt. Die Liebe zur Heimat, der Glaube an eine Gerechtigkeit und der Wille zur Tat hielten ihn aufrecht. Keine Verfolgung war imstande, seinen Geist zu erdrücken: allen Kräften zum Trotz und trotz aller Verbote setzte

er in der langen, beherrschten Verbannung und Gefangenhaft seine dichterische Tätigkeit fort, ohne jene Unabhängigkeits- und Freiheitsideale abzulegen oder abzumachen. So wurde er zum kühnsten Märtyrer für die Ukraine und zum Sinnbild des ukrainischen Volkes. Sein Körper lag lange in Ketten, aber sein Geist vollbrachte das geliebte Befreiungsmark.

Nach der Ehrenbeilegung Alexanders II. erhielt Schemtschenko, ohne ihn zu verlassen, seinen Freiheitsbewegungen seiner Freunde und Bekannten, der Grafen Kollner, der Fürsten Repnina und Caparewskyj die Amnestie und konnte endlich, körperlich geschwächt, aber geistig nicht gebrochen, nach Europa, allerdings nur nach Petersburg, zurückkehren, da man ihm noch sehr verbot, in seinem Heimatlande zu leben. Schon wenige Jahre später, 1861, erkrankte ihn in Petersburg der Tod. Seine irdischen Überreste wurden, seinem Wunsch gemäß, auf einem hohen Steppenbühl bei Kamim am Dnepr beigesetzt. Dort will er, wie er selber sagte, auf die Zeit, die seine Gebete in Erfüllung gehen läßt, warten; erst dann will er die Heimatfolge verlassen, um sich dem höchsten Gerichte zu stellen.

Über die in Berlin erreichbaren Werke Schemtschenkos und die hier vorhandene Literatur über ihn gibt Dr. Kurt Richter in den „ukrainischen Kulturberichten“, denen auch vorliegender Artikel entnommen ist, Auskunft:

In den Volksbibliotheken darf man kaum etwas zu finden hoffen; eine öffentliche Bibliothek vom Range der Berliner Stadtbibliothek hat wenigstens die einzige größere, in deutscher Sprache erschienene Monographie über den Dichter von Alfred Jensen aufzuweisen. Will man tiefer in Schemtschenkos Leben und Werk eindringen, so ist man in Berlin verpflichtet, gewannen, eine so große wissenschaftliche Bibliothek, die sich in der Reichsbibliothek befindet, zu besuchen. Ihre Bestände enthalten neben zahlreichen Abhandlungen über den Dichter in ukrainischer und russischer Sprache verschiedene ukrainische Ausgaben der Werke Schemtschenkos, das aber auch die deutschen Übersetzungen seiner Gedichte von Sergius Sporoanow und von Julia Virginia, sowie die Übersetzung seines autobiographischen Romans „Der Künstler“ von Arthur Seelbe. Auch das alte Werk von J. Georg Orlitz ist vorhanden, ebenso die Schrift von Wladimir Kusnez und Alexander Dornowicz, die beide im Dnepr der Reichsbibliothek Schemtschenkos in deutschen Nachdrucken enthalten. Als neuer Beitrag zur deutschen Schemtschenkoliteratur ist Dugro Doroheukos Vortrag über Schemtschenko, den großen ukrainischen Nationaldichter (Berlin 1929) in den Katalogen der Stadtbibliothek verzeichnet. Man sieht, auch für den des Ukrainischen Unkundigen ist die Möglichkeit gegeben, sich mit dem Werke Schemtschenkos vertraut zu machen. Etwas anderes freilich ist es, zumal eine vollständige deutsche Übertragung des Gesamtwerkes ausliefern, wenn man den „Kobzar“ im Urtext zur Hand nehmen kann, von dem die Stadtbibliothek auch die letzten neun, von dem „Wlytan“ in französischer Sprache eingeleitete, illustrierte Ausgabe (Scharn—Kien 1931) besitzt. Natürlich möchte die wissenschaftliche Bibliothek, insbesondere die einer weiteren Öffentlichkeit zugängliche Bibliothek des Ukrainischen Wissenschaftlichen Institutes in Berlin, genügend Material zum Studium Schemtschenkos bereit.

Die Siedlungspolitik der Askanier.

Am 15. April 1134 wurde auf dem Fürstentage zu Halberstadt Graf Albrecht der Bär aus dem Geschlechte der Askonier (genannt nach der Burg Askaria bei Albersleben) von Kaiser Lothar II. zum Vohve für die in Italien geleisteten Dienste mit der Nordmark belehnt. Von diesem Tage an datiert die brandenburgisch-preussische Geschichte. Das Albrecht zugeworfene Gebiet war nur klein. Es umfaßte etwa die heutige Altmark. Die Streuburgen Salzwedel, Tangermünde, Uckermark und Werben bildeten seine Ausdehnung. Nachdem ein Verlaß, den Pfalz Heinrichs des Löwen an sich zu bringen, mißlungen war, wandte er sich mit um größerer Kraft der Ausdehnung seines Gebietes nach Osten hin zu. Dort hatte die stille und jäh Missionsstätigkeit Unerkennung unter die Wenden gebracht und deren Verteidigungskraft unterminiert, so daß es im 12. Jahrhundert nur noch eines kräftigen Anstoßes bedurfte, um ihre Macht vollends zu brechen. Als die Wenden im Winter 1136/37 das Bistum Havelberg überließen, nahm Albrecht die gesamte Prignitz in Besitz. Aber weniger der Gewalt, als einer friedlichen Vertragspolitik verdankt Albrecht seine großen Erfolge. So gelang es ihm, zu dem alternden, kinderlosen wendischen Fürstlichen Pribislaw von Brandenburg, der sich zum Christentum bekohbt hatte, in besonders freundschaftliche Beziehungen zu treten, die schließlich so weit gingen, daß Pribislaw, das Christentum in seinem Lande festzustellen, vor seinem Tode (1150) Albrecht zum Erben seines ganzen Landes einsetzte. Seitdem nannte sich Albrecht Markgraf von Brandenburg. Ein erneuter Aufstand des heidnisch gesinnten Wenden unter dem Pfaffen des Pribislaw, das 3000 Köpfe zählte, konnte die unbilligste Bestrafung nur wenig verzögern. Die Macht des Wendenstums wurde für immer gebrochen.

Albrechts Nachfolger verstanden es, durch kluge Verträge ihren Kolonialbesitz zu erweitern. 1250 wurden der Lettow und der Barnim vom Herzog Barnim von Pommern-Stettin gekauft. 1250 erwarben sie die Uckermark von Pommern-Stettin und im gleichen Jahre Lubus von den polnischen Piasten in Glogau. Diese Länder wurden noch bis 1456 im Geseßtag zur „alten Mark“ als „Kernmark“ bezeichnet. Die heutige Kernmark, damals „Marchia transodrana“ genannt, wurde in Jahrzehntelangen Vorbereitungen, nämlich in der Hauptsache durch die Anwerbung von Kolonisten, Kaufleuten und Johannitern, die vorher aus dem Polen ins Land gerufen worden waren, erworben. Später traten Ober- und Nieder-Lausitz, Teile von Pommernellen und das Land Stargard (das heutige Medienburg-Strelitz) hinzu, so daß Städte wie Stettin, Bautzen, Cörgau, Neubrandenburg, zum askanischen Machtbereich gehörten. Schon unter Otto I. erhob die Askanier Anspruch auf die Lehenshoheit von Pommern. Seit dem Sturze Heinrichs des Löwen und besonders seit dem Zusammenbruche der bairischen Vormacht in der Schlacht von Brunnau (1287) konnte sich die Politik der Askanier freier entfalten. Über alter Plan war das Vorbringen um Ostpreußen und der Erwerb von Danzig und Lübeck. 1252 wurden sie mit Lübeck belehnt. Vom Kubok von Habsburg lassen sie sich die Reichshoheit über Lübeck verliehen. 1272 räumt ihnen Fürst Nielson von Pommernellen auch Danzig ein; aber sie können es nicht behaupten und müssen es zusammen mit Dirschau und Schwab au den Deutschen Orden verkaufen. Sie behalten jedoch das Land Schlawe und Rügenlande in Pommern. Sogar nach Wisby auf Gotland richteten sich die Schritte der unternehmungskundigen Fürsten. Der letzte der Askanier, Albrecht Waldemar, brachte noch einmal den Glanz des Hauses zu vollen Entfaltung. Wie Friedrich der Große mußte er sich gegen ein Mächtigbündnis Schweden-Dänemark-Polen-Ungarn-Mecklenburg-Wettin zu behaupten. Aber schon 1319 stirbt er kinderlos, und bereits im folgenden Jahre 1320 erlischt mit dem Tode seines jungen Neffen Johann V. die brandenburgische Linie der begabten Dynastie.

Für die Geschichte des deutschen Volkes ist es als großes Glück zu betrachten, daß die Kolonisation der deutschen Osten unter dem Schutze einer so wirklichen und tatkräftigen Kerkengesellschaft geschehen hat. Die Wiedergewinnung Ostdeutschlands bleibt zum nicht geringen Teil das Verdienst der Askanier. Sie erst haben eine brandenburgisch-preussische Geschichte ermöglicht. Der maßvolle Ausdehnungsstrib des deutschen Volkstums war durch eine soziale Krise großen Ausmaßes, die in Mittddeutschland herrschte, veranlaßt. Rordostdeutschland war überdeckert und es entstand Mangel an kultivierten Arbeiterhand. Der Zeit der großen Not war es gelungen, die Kolonisation ausnabare Boden verteilt und in Kultur genommen, so daß neues Land für den Bevölkerungszuwachs nicht mehr vorhanden war. Hinzu kam, daß nach der bairischen Verfallung in den weiten Gebieten Niederlausens die Leibarbeit der Hufe unterbunden war. Der älteste Sohn erhielt als Erbe den gelassenen Hof, während die jüngeren Söhne unversorgt blieben. Ausschlaggebend war aber die im 12. Jahrhundert um sich greifende Veränderung des landwirtschaftlichen Verhältnisses in Ostdeutschland. Es löste sich damals die alte Kolonisationspolitik auf. Die Strambauern fanden die Eigenwirtschaft, die sie bisher mit abhängigen dienstpflichtigen Leuten betrieben hatten, nicht mehr rentabel. Sie besitzigten die Votenhufen und vergrößerten sie zu größeren Gütern, die sie an „Miet“ verpachteten. Hierdurch wurden die Leuten zwar persönlich frei, aber sie wurden zugleich in großen Massen um ihre

Existenz gebracht. Sie waren „abgemietet“. Aus dieser Notlage der nordostdeutschen Gebiete Ostdeutschlands haben sich die Offiziere überwiegend zusammengesetzt. Von kleinem Teile aus sind vor niederlausischen und fümischen Lehnbesitzern, die damals durch große Naturkatastrophen (Sturmfluten der Suder See und des Polart) heimatisch geworden waren. Der Name des Siedlung erinnerl noch an den Zug aus Slavland.

Ob der Bevölkerungszuwachs damals allenthalben der Prang nach neuen Landbesitz und selbständiger Existenz vorhanden. Die maßliche Seite war, daß die westlichen und griffenen Siedler beströbt sein mußten, den Bevölkerungszuwachs abzulassen und ihn sich in den Kolonialgebieten nutzbar zu machen. Kein religiöser Fanatismus ist die Hauptursache, sondern rein realistische Bevölkerungspolitische Erwägungen sind die Triebkraft für die Rückeroberung des ostdeutschen Bodens gewesen. Auch die Mönchsorden der Prämonstratenser und Zisterzienser waren zuerst durchaus vom Geiste freibühler und wirtschaftspolitischen Mission erfüllt. In dem noch menschenarmen Osten waren Platz und Land genug für viele. Auch waren die Wenden bisher nicht inlands gewesen, sondern sie waren mit ihrem bisherigen Sockenpflug zu bearbeiten. Der Deutsche brachte die eiserne Pflugart, der Slawländer ein traditionelles Können in der Uckermarkung Jumpsigen Oplandes mit. Es wurden Urmänner gerodet, Flußläufe eingedämmt und reguliert, Simpsy ausgekostet, das ganz Land bekam ein anderes Ansehen. Durch die deutsche Anhebung wurden in kurzen die Ertragsfähigkeit und Steuerkraft erheblich erhöht. Kaufleute zogen. Diesen Vortug begriffen sehr bald die eingebornen slawischen Fürsten, und es riefen die polnischen Piasten in Schlesien und Polen deutsche Anseher zu wirtschaftlichen Hebung und Erhebung von Städten in ihre Gebiete. Den Höhepunkt erreichte die Kolonisation im 13. Jahrhundert, sie wirkte sich dann noch bis in das 14. Jahrhundert aus. Ein großes Verdienst gebührt, wie erwähnt, dem Großherzog der Silberzientler, deren Hauptkürfür Jina (Monsardert 1170), Veblau (gegründet von Otto I. E. Chotin (gegründet um 1250) ein legerntliche Städte errichtet hatten. Auch die Städte von Glogau, Cömpeln und Tempelhof erinnern, und die Johanniter (Mittelpunkt Sonnenburg) haben wesentlich zum Aufschwung des Landes beigetragen.

Ob der Kernmark sind die Askanier die hauptlänglichen Organisatoren der Siedlung gewesen. Die Gründung der Dörfer erfolgte, wie im Barnim nachgewiesen, an den großen Heerstrassen. Von hier aus wurde die Durchdringung der ablieks gelegenen Landstriche vorgenommen. Die marklische Drogen nicht befruchtbar, wurden zum militärischen Schwanzgebiet erklärt. Die in neuen marklischen Gebieten in der offenen Dörfer gelagt. Sie waren verpflichtet, sich stets zum Kriegsdienst bereitwillig; sie hatten ursprünglich keine Obrigkeit, oder Herrschaftsbefugnis, sondern lebten als Rothbar der freien Bauera, lediglich zu deren Schutze bestimmt. Als Ministerialen waren sie jedoch unfreien Standes, während die Bauernschaft meist freier Herkunft war. Eingeshöfte (wie in Westfalen) wurden nicht angelegt, offenbar aus militärischen Gründen. Meist werden die Anseher sich in den bereits bestehenden marklischen Orläustften, die entweder Rindlinge oder Straßendörfer waren, angelegt haben. Es erfolgte auch Anrangungen. Diese kennzeichnete sich als Hofsiedler ohne bestimmten Plan der Anlage, da jeder der deutlichen Kaufleute den Standort seines Hauses nach Gutdünken vornahm.

Unmittelbare zeitgenössische Berichte über die Ausführung der Kolonisation liegen nicht vor; doch sind mir über die Vorgehens in Schlesien unterrichtet; diese lassen sich sinmäßig auf die Mark übertragen. Es ist fest zu setzen, daß die Markgrafen aus seinen Bogten, ein Unterbeamter an (Locatör genannt), nachdem für die Dorfgründung 40—60 Hufen überlassen wurden gegen die Verpflichtung, Anseher zu werben. Für deren Heranzuführung und Aufstellung wurden dem Locatör 2—4 Hufen als Freizeit und die Ortsobrigkeit überwiesen. Er wurde der Schulze und Vorsteher der neuen Gemeinde, er war von Abgaben befreit, nur die Verpflichtung zum Soldatendienst war auferlegt. Zwei weitere Hufen wurden dem Locatör als Jagdgebiet zugeteilt. Die Anseher waren in der Regel, für die sie einen gewissen Grundbesitz zu errichten hatten, der für die ersten Jahre erhalten wurde, bis der Boden arder und ertragsfähig gemacht worden war. Somit waren sie freie Leute, konnten ihrem Besitz nach freiem Ermessen vererben. Diese Form der freien Erbschaft, die ursprünglich in der Alt- und Kernmark durchaus üblich gewesen ist, wird im Sachsenpiegel des Eike von Repkow ausdrücklich vorgezigt. Die Hufe wurde in der Mittelmark mit 30 „Magdeburger“ Morgen gerechnet, was je nach Boden und Bodenbeschaffenheit 20 bis 40 Hektar gewesen sein „abhängend von Standort haben die Reßlänen, die nicht mit einer Hufe ausgestattet waren. Es werden dies meist die ehemaligen wendischen Wohnorte gewesen sein. Noch bis zum 19. Jahrhundert bestanden im Lettow die Reßlänen kein Stimmrecht in Gemeindeangelegenheiten.

Bei der Anlage der Siedmark herrschte die uralte, Sönn der Gwönnen-Einteilung vor, die aus dem Rodungszeitler beibehalten worden war. Das Ackerland löste sich aus größerem

Streifen, je nach der Art der Nutzung, zusammen, in denen die Anteile der einzelnen Stier erhalten waren. Das Ackerland jedes Besitzers lag deshalb nicht zusammen, sondern war in drei verschiedenen Parzellen zerstreut. Diese Gemengelage oder Teilgemeinschaft bedingte die gemeinsame Ausübung der Feldbestellung. Eine individuelle Wirtschaftsführung war nicht möglich. Außerdem hatte jede Gemeinde noch die Almen oder Wälder und Weiden, an der jedes Gemeindeglied einen Anteil besaß, die bei der Privatisierung ebenfalls einzeln zu haben. Noch bis zum 19. Jahrhundert hat diese ländliche Wirtschaftsführung bestanden und ist erst durch die Separations-Gesetzgebung im 18. und 19. Jahrhundert allmählich aufgehoben worden.

Der Grundbesitz der zum militärischen Schutze in die Dörfer gelegenen eintürkischen Dienstmännern lag gleichfalls in der Gemengelage der Gemeinde. Er war damals verhältnismäßig klein und umfaßte 2 bis 6 Hufen, also etwa 30 Hektar. Die großen Rittergüter behandelten durch Verkauf und Zusammenlegung der Bauernhöfe gebildet. Dagegen waren im Osten, in der Ukraine und der Rumänien, jenseits der Oder aufsteigend und vorwiegend eine schloßgeheffene Ritterschaft und ein Großgrundbesitz bestanden. Im Osten nämlich wurde die Kolonisation von den großen Grundherren geleitet, die nach Vorbild der flämischen Flandrischen Obrigkeit und Herrschaftsstellen über ihre Untertanen befahlen. Es ist für die freie Bauernschaft der Mittelmark nun zum Verhängnis geworden, daß sie ihr gutes Recht gegenüber dem milderen Recht des Westens, ihre persönliche Freiheit und ihre landliche Selbständigkeit nicht haben zu können. Die Säkularisation der Markgrafen zwang diese, ihre landbesitzlichen Herrschaftsrechte an Kirche, Städte und Grundherren zu verkaufen, und auf diese die Erhebung des Grundzinses, die Gefälle der Gerichtsbarkeit und andere Leistungen zu übertragen. Aus dem großen Landbuch Karl IV. von 1375 ist ersichtlich, wie meist dieser Prozeß geblieben ist. Das iudicium supremum (Hochgericht) war dem Markgrafen schon damals nur noch verblieben: im Leitom in 2 von 94 Dörfern, im Barnim in 5 von 197 Dörfern, im Havelland in 6 von 103 und in der Sauche in 17 von 104 Dörfern. So gerieten die Bauern immer mehr unter die Abhängigkeit und schließlich, als Abfluß der Entwicklung, in die Leibeigenschaft der Grundherren, die an Stelle des Grundbesitzes ihre Obrigkeit und ihre Gerichtsbarkeiten wurden. An Stelle des „Erbschulzen“ trat der nach dem Ermessen des Grundherren eingewählte „Schlichter“. Die Not der Kriege ließ die kleinen Bauern in wirtschaftlicher Schwierigkeit geraten, so daß sie oft ihren Besitz nicht mehr konnten. Durch das „Bauschließen“ gingen ihrer Häuser veräußert, und die Güter vergrößerter sich auf Kosten des kleinstädtischen Grundbesitzes.

Das Anlegen der Städte ging ähnlich wie das der Dörfer vor sich; nur daß der Vandesherr eine Fläche von 150 bis 200 Hufen zur Verfügung stellte, und daß nicht ein einzelner Vocoator, sondern ein Konsortium von Unternehmern, darunter auch solche tüchtigeren Standes, sich mit der Anwerbung der Siedler und Bürger

befahlte. Einer der vornehmsten Unternehmer wurde als Schulze eingesetzt, und mit der Obrigkeit ausgestattet. Statt des Grundzinses wurde ein Hauszins erhoben. Die typische Form der Stadtanlage erfolgte den Jurek, möglichst viele Hausstellen in möglichst kleinem Mauerring zusammenzufassen. Dem Mittelpunkt bildete der geräumige Markt mit Rathaus und Kirche, um den sich in wenigen Straßen die meist sehr schmalen Häuser reihen. Durchweg wurde von den Bürgern neben ihrem Gewerbe Handwerksmäßig betrieben. Im 13. Jahrhundert sind zahlreiche Städte gegründet worden. Als älteste nach von Albrecht dem Bären von Brandenburg Althof und Spandau. Es folgten 1196 Brandenburg-Neuhof, 1232 Cölln (besteht mit Spandauer Recht), 1242 Berlin (mit Brandenburger Recht), 1253 Frankfurt a. d. O. (mit Berliner Recht), 1257 Landsberg a. d. Warthe. Wenn auch Berlin unendlich später als Cölln erühdet ist, so dürfte es doch als Stadt älter als Cölln sein. Bei der Erwerbung des Leitoms und des Barnim im Jahre 1250 bildeten nämlich die Markgrafen, daß die neu gegründeten Städte sich ihr Recht aus Spandau nachtrug oder wenigstens seine Erhebung zur Stadt schon vorher erfolgt sein.

Die Städte verkamen es schon sehr bald und gründlich, die finanziellen Räte der Vandesherren auszunutzen und nach und nach ein Hoheitsrecht nach dem anderen zu erwerben. Die Abhängigkeit und der Verfall der landbesitzlichen Gewalt ist schon früh eingetreten, zuerst zugunsten der Kirche, deren Klöster und Stifte sehr bald einen Staat im Staate bildeten. Denn es herrschte bei den Askaniern keine selbsteigige Erbfolgsordnung im Sinne des Erstgeburtsrechtes; alle Söhne wurden in gleicher Hand belohnt, hielten eigene Hofhaltung und führten nebeneinander den Markgrafentitel; das älteste Mitglied der älteren Linie repräsentierte die Würde von Kaiser und Reich; dies führte zur Spaltung in einzelne Linien, und Ende des 12. Jahrhunderts residierten 19 Markgrafen im Lande. Durch die Rücksichtigkeit der vielen Hofhaltungen und die unzeitliche Zinjanerkschaft herrschte bei ihnen flüchtige Zinjanpot, und sie wurden gezwungen, ihre landbesitzlichen Rechte und Einkünfte zu verpfänden. Die Städte gelangten bis zum 14. Jahrhundert zur völligen kommunalen Selbständigkeit, indem sie die Gefälle aus der Gerichtsbarkeit, das Zoll- und Marktregal, das Stapelrecht und sonstige Rechte von den Markgrafen zu erwerben. Sie bildeten völlig selbständige „republikanische“ Staatsgebilde. Erst der meiste Hohenoller, Friedrich II., hat bekanntlich durch Wiedererlangung der Schmeffelstädte Berlin-Cölln die Macht der Städte gebrochen und die landbesitzliche Gewalt wieder hergestellt.

Als die Askanier 1319 mit Waldemar dem Großen ausstarben, hinterließen sie ein blühendes Land, das ihr Unternehmungsgeist und Organisationsstolz aus einem Reich geschaffen hatte. Schöpfer des deutschen Ostens, Begründer der brandenburgisch-preussischen Geschichte und Wegbereiter der Hohenzollern gewesen zu sein, bleibt ihr unergänzlich Verdienst. W. Schilling.

700 Jahre Prenzlau.

Prenzlau ist eine altdeutsche Kolonialstadt reinen Charakters. Sie ist nicht aus einem Kern, aus einer Burg oder einem Bischofsitz entstanden, um den sich Straße um Straße legte, ohne festen Plan, wie es bei vielen anderen Städten der Fall ist. Sie ist aus einem Hauf nach mehrburchtem Plan erwachsen.

Der Herzog Barnim I. von Pommern berief einen Erbauer, der den Auftrag erhielt, hier eine Stadt zu gründen. Während der den Plan entwarf und die Straßenzüge festlegte, gingen seine Beauftragten ins Reich, um westlich der Elbe Anlieher zu werben. Die Hauptstraße, die die Aufgabe hatte, den Verkehr aufzunehmen, wurde besonders breit angelegt, die Querstraßen fielen schmäler aus. Da alle Straßen fast ungleichmäßig rechteckig schneiden, wurde die zu gründende Stadt in eine Anzahl Rechtecke zerlegt. Zwei benachbarte Rechtecke im Westen der Stadt wurden der allgemeinen Bebauung entgegen und blieben der zu gründenden Kirche und dem Rathaus vorbehalten. Mit einem großen Platz, der noch heute im Museum gezeigt wird, wurde die äußere Grenze der Stadt festgelegt. Nachdem diese Vorarbeiten beendet waren, erschienen die gemorbenen Siedler und jeder erhielt eine Bauplatz und ein ausreichendes Maß Ackerland vor dem Coren zusammen, und so konnte der Aufbau beginnen.

Im Jahre 1234 verließ Herzog Barnim Prenzlau das Stadtrecht. Durch Jahrhunderte unbedenklich ererbte Kämpfe ihrer Mauer. Dort und trohnen die Stadt in den schweren und langen Kriegsjahren, und als mittelalterliche Festung trug sie noch heute mit ihren Mauern, ihren Türmen und Tortürmen, ihren Wehthürnen den Besuchern entgegen. Einzelne Mauerteile und leider auch die Tore sind mit der Zeit dem Verkehr zum Opfer gefallen; aber der Besucher kann noch heute an den Mauern die Stadt umwandern und wohl-erhaltene Eürme und Wehthürer bewundern.

Weitere Merkmale der Stadt fallen uns auf. Da ist auf dem Marktplatz nicht weit vom Väterdenkmal eine einfache Säule von kaum 1½ Meter Höhe. Von dieser Säule berichtet die städtische Chronik: Anno 1137 in der Nacht vom 28. bis 21. Januar war hier ein so heftiger Sturm, daß er nicht anders zu Stande kommen konnte, als große wichtige kleinere Rolandssäule, welche auf diesem Marktplatz 1495 schon 242 Jahre gestanden, von dem Subjekt der Berater

und in lauter Stücken gemorren. Das Schwert, so der Roland in der Hand geführt, wird in der rathäuslichen Registratur aufgehoben". Daran stehen die Worte:

Roland, der große Held,
Berühmt in aller Welt
Wurde mit geführt in seiner Hand,
Und ist jetzt schon ungenutzt bekannt.
Doch als im 1371en Jahr
Ein ungemainer Sturmwind war,
Da ist mein Held mit umgekommen,
Und ist bin nun hier aufgenommen.

Aus einem Bruchstück des zerstörten Rolands hat man zum An- denken jene genannte Säule errichtet.

Die Marienkirche. Sie wurde Mitte des 13. Jahrhunderts erbaut und gehört zu den hervorragenden Werken des Backsteinbaues überhaupt. Die Mildtätigkeit der wohlhabenden Bürger und das fruchtbar hinterland der Stadt veranlaßte schon um die Mitte des 13. Jahrhunderts Wettermönche, hier ihr Asyl aufzusuchen. Die ersten waren Franziskaner, die ihr Kloster in der heutigen Klosterstraße errichteten. Die 1235 erbaute Klosterkirche der „Brauen Brüder“, die heutige „Dresdenerkirche“, dient der reformierten Gemeinde als Gotteshaus. Die Dominikaner besaßen das 1237 von Markgraf Johann II. erbaute „Schwarze Klotze“. Die dazu gehörige „Kirche zum heiligen Kreuz“ führt seit 1568 den Namen „Kolikolikirche“, nachdem das alte Gotteshaus gleichen Namens eingestürzt war.

In der Mark golt es ursprünglich acht Dominikanerklöster, von denen nur Brandenburg und Prenzlau als ganze Anker erhalten sind. Das Prenzlauer, räumlich das größte, ist in neuerer Zeit wieder hergestellt worden und bildet nördlich der Marienkirche die größte Schenkmündigkeit der Stadt. Hier es doch einen

Besuch den deutschen Osten!

Buchbesprechungen.

Schriften der Deutschen Hochschule für Politik. Verlag Junker und Wundmann, Berlin. Preis jeden Heftes 80 Pf.

Reichsminister Dr. Goebbels eröffnet die Sonderhefte der Deutschen Hochschule für Politik. Der 5. Heftismus und seine praktische Ergebnisse heißt das Thema, über das er spricht, größter Anerkennung voll über die tatsächliche Leistung der letzten zehn Jahre in Italien. Nach zehn Jahren, so schließt er, wird auch der Nationalsozialismus in Deutschland ein einiges Volk geschaffen haben. Prof. Dr. Willy Hoppe, Mitglied des Führerstabes des BDO, gibt einen interellanten Durchblick durch unsere bilanzielle Entwicklung. „Die Führerpersönlichkeit in der deutschen Geschichte.“

Staatssekretär Fritz Reinhardt's Vortrag ging auf die Finanzen und Steuerpolitik im nationalsozialistischen Staat. Aus eigenen Erleben und Erfahrungen heraus spricht Prof. Dr. Friedrich Schönmayer über „Amerika und der Nationalsozialismus“.

In feinsinniger Weise umreißt Reichsleiter Alfred Rosenberg sein Thema: „Krisis und Neubau Europas.“ Er weist Wege ins 20. Jahrhundert, er kämpft für die aufsteigende Völkische Bewegung. „Wir glauben, daß erst in der Erkenntnis der großen Krisis sich auch die organische Neugestaltung vollziehen kann zum Besten unseres alten, ehrenwürdigen europäischen Kontinents!“

Die notwendige „Rassenpolitische Erziehung“ behandelt Dr. Walter Groß. Jeder lese sich hiermit auseinander, denn es handelt sich um weltgeschichtliche Entscheidungen, in denen wir leben und die nur auf Grund einer Weltanschauung getroffen werden können, für die der Nationalsozialismus die rasenpolitischen Grundlagen schuf. Dr. C.

Drei Wälder aus der bayerischen Ostmark.

Heinz Schauwecker: „Lautend goldene Steige“, ein Sammelband nordgotischer Dichtung. Verlag A. Angerer - Waldhofen. Preis 3,50 RM.

Strenge und schaut die deutsche Not aus allen Ecken und Enden, der letzte Hungernot behält an ihren Vätern und kräftigt wohl. „Wir leben sanft mit armen Sündern; aber aus unseren Herzen führen tausend goldene Steige hinüber über die Grenzsteige und aber-tausend führen zurück. Tausend goldene Steige führen über die Welt; solange deutsche Herzen schlagen hüben und drüben, wird ihr leuchtend tröstlich und hoffnungsendend über der Jenseits aller Not stehen, bis das Glück wieder den Weg findet zum Grenzsteig im alten Nordland.“

Die Sätze aus der Einleitung Schauweckers sind charakteristisch für das Buch. Man hört die heiße Liebe zur Heimat, die diesen Dichter der bayerischen Ostmark zu uns, wie Kolbenberger, Bruno Dresem, Rudolf Saas, Wilb, Pleyer, Hans Waplik, Fr. H. Bierjack, G. Wittling, Gottfried Kolmel, Heinz Schauwecker, Florian Seidel, Paul und Veste mit ihren Gemohnheiten, ihren Vorgesängen und ihren Schwestern, ihrem erfüllter Kampf um das tägliche Brot, ihrer Ernte und ihrem Ausdauern lernen sie kennen.

Ein gutes Buch, das man mit Freude liest, und dem man meistens Verbreitung wünscht, vor allem auch in Norddeutschland, wo von der bayerischen Ostmark im allgemeinen wenig bekannt ist.

Heinz Schauwecker: „Huh aus!“ Eine Geschichte aus Notzeiten der bayerischen Ostmark. Verlag Kern, Nürnberg. Preis geb. 50 Pf., geb. 27 Pf.

Heinz Schauwecker hat im Verlag der Friedrich Kornelshon Buchhandlung, Nürnberg, eine Buchreihe „Deutschenspiegel — Alte Mär für neue Zeit“ herausgebracht. „Sie soll helfen des Deutschen naher zu bringen.“ Die geschichtliche Vergangenheit der Heimat: der Abschnitt aus den Kämpfen gegen die Hüllen bringt das Buchlein „Huh aus!“, im Mittelpunkt der Sieg der Oberpfälzer bei Hiltensried im Jahre 1433. — Für die Jugend die beste Art, Geschichte lebendig aufzunehmen. Der Lehrer sollte das Buchlein im Geschichtsunterricht benutzen.

Georg Wittling: „Kleine Welt am Strom.“ Verlag Dangen-Müller, München. Preis 80 Pf.

Erinnerungen aus der Kindheit in Vers und Prosa enthält dieser kleine Band. Auffallend ist die Naturbeobachtung des Dichters. In lebens-dingem Rhythmus hind die Verse geschrieben, mit einigen allerdings sind wir nicht ganz einverstanden. Umso besser gefällt die Prosa: Vieftzeitig sind die Erzählungen, sie führen vom kollektivistischen Humor bis zur düsteren Tragik. M. H. g. n. e.

Vantes aus Heide und Bruch. Plaudereien und Geschichten von Paul Dahms. Verlagsanstalt H. Müller m. b. H., Eberswalde-Berlin-Verlag. — Dahms, der den Feiern des „Ostland“ als einflussreicher Schilderer der märkischen Heide und des Ober-Warthe-Bruchs bekannt ist, bietet in diesem Wäldchen der „Märkischen Heidebege“ eine Probe seines Könnens. In vorliegenden Schriftchenreihe wie dieses Vantes-Buch sind zwei weitere Bände im Erscheinen: „Das sind die Vantes-Bandenberge“, Geschichten von W. H. b. a. b. A. l. e. i. x. i. s. und „Märker, mit im Herzen“, Erzählungen von Theodor Fontane; das erste von Horst Kube, das zweite von Müller-Wüdersdorf zusammengestellt. Jeder Band 1,45 RM.

Um deutsches Bauernrum. Ein ausgezeichnetes Buch, einen Roman über die Stragen des Bauernismus fest und kindlichst anpackt, hat Heinrich Philipp Cempel geschrieben: „Hilffelig und Erde“ (Verlag G. Dofsch, Darmstadt.) Aus dieser Verbundenheit mit dem nationalsozialistischen Deutschland und mit dem Erbfloß, auf dem das

Bilanz am 31. Dezember 1933

Bermögens:	RM.	Verbindlichkeiten:	RM.
I. Anlagevermögen		I. Geschäftsguthaben	
1. Wohngebäude oder sonstige Gebäude. 3 756 150,— (Zugang 2 588,80 RM., Abgang —, Abschreibung 21 218,80 RM.)	3 756 150,—	1. Der am Schluß des Geschäftsjahres ausgehiebene Mitglieder	9 725,90
2. Wertpapiere, Betriebs- u. Geschäftsinventar 1,— Zugang 344,84 RM., Abgang —, Abschreibung 344,84 RM.)	1,—	2. Der verbleibenden Mitglieder . . . 53 302,68	63 028,90
3. Sonstiges Anlagevermögen 168,—	168,—	II. Forderungsbilan	
II. Umlaufvermögen		1. Geleistete Rücklage	2 725,—
1. Rückständige Mieten, Gebühren, Fort- 14 666,88	14 666,88	2. Andere Vermögensrücklagen . . . 4 900,—	7 625
2. Kassenbestand einseh. Guthaben bei Noten-banken und Wechsel-guthaben 1 815,84	1 815,84	III. Verbindlichkeiten	
3. Andere Bankguthaben 244,26	244,26	1. Rückstellungen für 3 626 314,09	3 626 314,09
III. Vollen, die der Rechnungs-abgrenzung dienen 3 037,50	3 037,50	2. Mieterdarlehen 21 349,51	21 349,51
IV. Selbstverschaffungsstellen 1 897,80	1 897,80	3. Sonstige Schulden 56 019,06	56 019,06
V. Reinerloß im Geschäftsjahr . . . 3 750,77	3 750,77	IV. Vollen, die der Rechnungs-abgrenzung dienen 7 205,03	7 205,03
3 781 541,05	3 781 541,05		

Aufwands- und Ertrags-Rechnung.

Aufwendungen:	RM.	Erträge:	RM.
1. Abschreibungen		1. Bruttoeinnahmen 222 873,55	222 873,55
a) auf Wohngebäude und andere Anlagen . . . 21 218,80	21 218,80	2. Zins- u. sonstige Kapitalerträge 258,19	258,19
b) andere Abschreibungen 3 844,61	3 844,61	4. Außerordentliche Erträge 260,—	260,—
2. Geschäftsausgaben		5. Außerordentliche Zuwendungen . . . 6 108,61	6 108,61
a) Gehälter, Aufwandsentschädigungen und sonstige Personal- kosten, einseh. logistal Ausgaben 8 129,78	8 129,78	6. Reinerloß im Geschäftsjahr . . . 3 750,77	3 750,77
b) jährliche Mieten 3 748,48	3 748,48		
3. Betriebskosten			
a) Belfy 15 315,27	15 315,27		
b) sonstige Betriebskosten einseh. Zölne und logistal Abgaben 38 790,90	54 115,17		
4. Inlandbaltungsloft. 20 866,64	20 866,64		
5. Zinsen 118 523,53	118 523,53		
6. Sonst. Aufwendungen 6 108,61	6 108,61		
240 555,42	240 555,42		

Mitgliederbewegung im Jahre 1933.

Mitgliederbestand am Anfang des Geschäftsjahres	304
Zugang an Mitgliedern	62
Abgang an Mitgliedern	66
Mitgliederbestand am Schluß des Geschäftsjahres	300
Die Geschäftsguthaben sämtlicher Mitglieder haben sich im Laufe des Geschäftsjahres um 1 724,54 RM. vermindert.	
Der Gesamtertrag der Baulosen beläuft sich auf 60 400 RM., also weniger als am Ende des Vorjahres.	
Die rückständigen fälligen Verbindlichkeiten auf die Geschäftsanteile betragen am Schluß des Geschäftsjahres 1502,95 RM.	

Geprüft und für richtig befunden:
Der Aufsichtsrat: Wittling

Berlin, im April 1934.

Baugenossenschaft vertriebener Ostdeutscher e. G. m. b. H.

Schmidt Schmidt Kade

